

1. September 2020

Sonderrundschreiben

Ergänzung: § 2b UStG: Verlängerung der Umsetzungsfrist

Eine [Verlängerung um zwei Jahre wurde durch Bundestag und Bundesrat am 28.5.2020](#) beschlossen. Dies erfolgte gemäß dem Gesetzgeber aufgrund vordringlicher Arbeiten der juristischen Personen des öffentlichen Rechts zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Die Veröffentlichung erfolgte im Bundesgesetzblatt (BGBl I Nr. 30, 29.06.2020).


Verwaltungstechnisch ist zu beachten, dass die bereits durch Körperschaften des öffentlichen Rechts abgegebene Optionserklärung gegenüber der Finanzbehörde **automatisch bis zum 01.01.2023** weitergilt. D.h., diejenigen, die bis dahin in der alten Rechtslage verbleiben möchten, müssen nicht gegenüber der Finanzbehörde tätig werden.


Diejenigen, die eine Anwendung der neuen Rechtslage nach § 2b UStG ab dem 01.01.2021 wünschen, müssen diesbezüglich einen Antrag bei der Finanzbehörde stellen, sollten dies jedoch im Vorfeld bzgl. der sich hieraus ergebenden steuerlichen Konsequenzen mit ihrem steuerlichen Berater besprechen.

Für eventuelle Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr WEKO-Team

gez.
Markus Welte

 **Bankverbindung**
Baden-Württembergische Bank
Lörrach
BLZ 600 501 01
Kto.-Nr. 743 550 21 21
IBAN: DE46 6005 0101 7435 5021 21
BIC: SOLADEST

 **Bankverbindung**
Deutsche Apotheker- und Ärztebank
Freiburg
BLZ 300 606 01
Kto.-Nr. 844 94 14
IBAN: DE23 3006 0601 0008 4494 14
BIC: DAAEDED

 **Teil der WEKO respond Unternehmensgruppe**
ConSigna GmbH,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
ConSigna GmbH,
Steuerberatungsgesellschaft
Freiburg